

Die Litauische Frage im Deutschen Reichstag 1915-1918

Vilma Vaskelaitė

Die Gründung der Republik Litauen ist auf das Engste mit dem Ersten Weltkrieg verknüpft. Nachdem das Deutsche Reich die westlichen Territorien des russischen Imperiums 1915 besetzt hatte, suchte Deutschland nach Möglichkeiten, sich in diesen Ländern festzusetzen. Eine einheitliche Meinung darüber gab es jedoch nicht. Diesbezüglich muss man mindestens drei Lager in Betracht ziehen: Die Oberste Heeresleitung (OHL), die Reichsregierung (der Reichskanzler und das Ministerkabinett) und den Deutschen Reichstag. Die OHL war für die Annexion der besetzten Gebiete. Jedoch bildeten die Deutschkonservative Partei, die Freikonservative Partei und zum Teil die Nationalliberale Partei (NLP), die die Militärs unterstützten, keine Mehrheit im Reichstag. Eine gemäßigtere Linie vertraten die Sozialdemokratische Partei (SPD), die Deutsche Zentrumspartei (Z) und die Fortschrittliche Volkspartei (FVP)¹, die bei der Reichstagswahl vom Januar 1912 63,50% der Stimmen erhalten hatten. Im Umfeld der Regierungskreise zählten sie zu den wichtigsten Unterstützern der Aktivisten der besetzten Gebiete, darunter auch solche der Litauer.²

Der Zweck des Beitrages ist die Klärung, wie der Reichstag die Litauische Frage in den Jahren 1915-1918 behandelte. Unter der Litauischen Frage werden hier zwei Probleme verstanden: Erstens die Lage der Bevölkerung Litauens in den Kriegsjahren; zweitens die Perspektiven der politischen Zukunft des Landes. Die Aufgaben des Beitrages lauten: 1)

¹ Die Resultate der Reichstagswahl 1912 siehe in: <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/reichstagswahl-12-januar-1912.html> (Alle im Beitrag verwendeten Internetquellen wurden in der Zeit zwischen Dezember 2018 und April 2019 eingesehen).

² Petras Klimas: Iš mano atsiminimų (Aus meinen Erinnerungen). Vilnius 1990, p. 100; Börje Colliander: Die Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland während der Okkupation 1915-1918, Åbo (Turku) 1935, S. 139; Lietuvos istorija (Litauische Geschichte). Bd. 10. T. 1.: Nepriklausomybė (1918-1940 m.) (Die Unabhängigkeitsperiode 1918-1940). Vilnius 2013, p. 87.

Die Einstellung des Reichstages hinsichtlich Litauen während des Ersten Weltkriegs; und 2) Die Gründe für das Eintreten der Zentrums- und der linken Parteien für Litauen ab Mitte 1917; sowie 3) Der Einfluss des Reichstages auf die Behörden der Besatzungsverwaltung und die Bevölkerung Litauens zu untersuchen.

Obwohl die Historiographie über die deutsche Okkupation in Litauen während des Ersten Weltkrieges umfangreich ist³, wurde die Rolle des Reichstages nur in Ansätzen behandelt. Die Aktivität von Matthias Erzberger in der litauischen Frage wurde bisher nur in einem Beitrag gründlicher untersucht.⁴ Mein Beitrag hat die stenographischen Protokolle des Reichstages während des Ersten Weltkrieges⁵ und Erinnerungen der politischen Akteure⁶ zur Grundlage.

Mühsamer Anfang: Die Litauische Frage im Reichstag 1915-1916

Der Name Litauens wurde im Reichstag zum ersten Mal am 19. August 1915 verwendet. In seinem Bericht über den Verlauf der Kriegsergebnis-

³ B: Colliander ...; Pranas Čepėnas: Naujųjų laikų Lietuvos istorija (Litauische Geschichte der Neuesten Zeit). T. 2. Vilnius 1992; Gerd Linde: Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg. Wiesbaden 1965; Rudolf Häpke: Die deutsche Verwaltung in Litauen: 1915 bis 1918, Berlin, 1921; Vejas Gabriel Liulevicius: War Land on the Eastern Front: Culture, National Identity and German Occupation in World War I. Cambridge 2000; Raimundas Lopata: Lietuvos valstybingumo raida 1914-1918 metais (Der Verlauf der litauischen Staatlichkeit). Vilnius 1996; Abba Strazhas: Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg: Der Fall Ober Ost 1915-1917. Wiesbaden 1993.

⁴ Edmūnas Gimžauskas: Vokiečių demokratijos šauklys M. Erzbergeris Vasario 16-osios kontekste (Die Stimme der deutschen Demokratie im Kontext der Litauischen Unabhängigkeitserklärung: M. Erzberger). In: Lietuvos istorijos metraštis. Ausg. 2004. T. 2, S. 93-114.

⁵ Verhandlungen des Reichstags: Stenographische Berichte, Bd. 306-314, Berlin, 1916-1919 (desweiteren *Verhandlungen...*), einzusehen im Münchener Digitalisierungszentrum: <https://www.reichstagsprotokolle.de/index.html>

⁶ Vincas Bartuška: Lietuvos nepriklausomybės kryžiaus kelias (Auf den Kreuzwegen der lit. Unabhängigkeit): kritiškas 1914-1919 metų įvykių ir asmenų įvertinimas. Klaipėda 1937; Matthias Erzberger: Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart und Berlin 1920; Petras Klimas: Iš mano atsiminimų ...; Petras Klimas: Dienoraštis 1915-1919 (Tagebuch). Chicago 1988; Erich Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen 1914-1918. Berlin 1940; Antanas Steponaitis: Atsiminimai 1914-1919 (Erinnerungen): Lietuvių veikla Šveicarijod Did. karo metu. Kaunas 1940.

se verkündete Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg stolz, dass Deutschland den Russen fast ganz Galizien, Polen, Litauen und Kurland entrissen hat.⁷ Zu Beginn der Okkupation glaubte man, dass die Zukunft des Verwaltungsgebietes des Oberbefehlshabers Ost, abgekürzt Land Ober Ost, das Litauen, Kurland und Teile von Weißrussland umfasste, vom Fortschritt des Krieges an der Ostfront und der Lösung der polnischen Frage abhinge. Im Jahr 1915 gab es keine politischen Verlautbarungen zur Zukunft der besetzten Gebiete im Osten. Eine gewisse Bedeutung erlangte lediglich die Veröffentlichung „Mitteleuropa“ des Reichstagsabgeordneten Friedrich Naumann, der zu der Fortschrittlichen Volkspartei gehörte, aus dem Jahr 1915.⁸ Litauen wird hier als Teil des von Deutschland dominierten mitteleuropäischen Bundes vorgestellt.

Im Land Ober Ost wurde ein strenges System von Requisitionen und Zwangsarbeit für die Bedürfnisse der Armee aufgebaut. Die Reichstagsabgeordneten erhielten von Ober Ost mehrheitlich nur administrative und wirtschaftliche Nachrichten, in denen propagandamäßig von Verpflanzung der westlichen Zivilisation in den „wilden“ Osten geredet wurde. Auch der Bericht des Kanzlers im Reichstag vom 9. Dezember 1915 ist von der traditionellen Rhetorik der „Kulturträger“ durchtränkt: „In Polen, in Litauen, zum Teil auch in Kurland fanden wir infolge der entsetzlichen, von russischer Hand vorgenommenen Zerstörungen einen Zustand beinahe völliger Auflösung vor. Neue Polizei- und Kommunalverwaltungen waren zu schaffen, eine neue Justizorganisation ins Leben zu rufen, das völlig vernachlässigte Sanitätswesen namentlich in den Städten zu regeln. <...> Eine neue ordnungsmäßige Forst- und Bergverwaltung ist eingerichtet. Mehr als 4000 Kilometer neuer, befestigter Straßen, eine Anzahl neuer Eisenbahnen ist gebaut worden. <...> Wohl noch nie in der Weltgeschichte ist in einem Kriege, wo Millionen vorn an der Front im Todesringen stehen, hinter der Front so viel Friedensarbeit geleistet worden.“⁹ Diese Friedensarbeit bedeutete Zwangsarbeit, das Sanitätswesen - Errichtung von Quarantänestationen, die Forstverwaltung - Abholzung der Wälder und Holztransporte nach Deutschland.

⁷ Verhandlungen... Bd. 306, S. 213, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003402_00224.html.

⁸ Friedrich Naumann: *Mitteleuropa*. Berlin: Reimer 1915. Siehe auch bei: R. Lopata ... S.78-79.

⁹ Verhandlungen... Bd. 306, S. 428, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003402_00439.html

Die Befestigung der Straßen und der Ausbau neuer Eisenbahnlinien dienten fast ausschließlich den Bedürfnissen der Armee. Gegen solche Propagandalügen des Kanzlers legte lediglich der SPD-Abgeordnete Karl Liebknecht Protest ein.

Auch 1916 wurde nur selten über die Litauische Frage im Reichstag diskutiert. Am 5. April gab der Reichkanzler im Reichstag bekannt, dass die von den Deutschen „befreiten Völker“ nicht an Russland zurückgegeben würden. Die Mehrheit der Abgeordneten pflichtete den Worten des Kanzlers freudig bei, lediglich K. Liebknecht wagte daran zu erinnern, dass die Befreiung eigentlich Besetzung bedeute.¹⁰ In dieser Bekanntgabe des Kanzlers nahm zum ersten Mal die Bestrebung Deutschlands Gestalt an, die politische Situation der Anrainer-Länder an der deutschen Grenze zu verändern. Die Rede des Kanzlers stieß in Litauen auf Interesse.¹¹ Rudolf Häpke, der nach dem Ersten Weltkrieg die deutsche Okkupation im Osten verteidigte, nennt diese Bekanntgabe des Kanzlers den ersten Schritt Deutschlands, um Litauen zur Gründung eines unabhängigen Staates zu verhelfen.¹² Darüber hinaus gab es noch die faktische Möglichkeit, das Argument der besetzten Gebiete bei Verhandlungen mit Russland in die Waagschale zu werfen. Das hielt Deutschland noch eine Zeitlang von deutlicheren Aussagen in Richtung Annexion ab.¹³

Weil die wirtschaftliche Lage in Deutschland immer schlechter wurde, radikalisierte sich die Stimmung der links gesinnten Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei. Bei der Abstimmung des Reichstages über neue Kriegskredite am 24. März votierten 19 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion dagegen. Sie verließen die Fraktion, errichteten die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) und nannten sich fortan „Unabhängige sozialdemokratische Partei“ (USPD).¹⁴ Sie bekämpften die imperialistischen Pläne Deutschlands und veröffentlichten Fakten zur Unterdrückung der Bevölkerung der besetzten Gebiete.

¹⁰Verhandlungen... Bd. 307, S. 852, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003403_00084.html.

¹¹ R. Lopata ... S. 81.

¹² R. Häpke ... S. 8.

¹³ Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. 5: Machtstaat vor der Demokratie. München 1990. S. 807.

¹⁴ Steffen Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg. Berlin 2014. S. 145.

Am 9. Oktober kritisierte Oskar Cohn im Reichstag das Alkoholmonopol und die Grausamkeit der Ober-Ost-Verwaltung, wodurch man sich die Sympathie der Bevölkerung verscherze.¹⁵

Die Mitglieder der SAG fingen an, das Selbstbestimmungsrecht für Polen, Litauer und Letten zu fordern. Hugo Haase stellte fest, dass weder Litauer noch Letten den Wunsch nach einer Angliederung an Deutschland geäußert hätten.¹⁶ Und ein anderes Mitglied der SAG, Georg Ledebour, sagte am 6. Juni 1916, dass er jeglichen Beschluss über Annexion ablehne.¹⁷ Die Mehrheit der SPD-Mitglieder blieb jedoch bei der Meinung, dass deutsche Interessen über der Doktrin des Internationalismus stehen. An dieser Stelle passt die Episode, die Petras Klimas beschrieben hat: Auf die Klage des litauischen Sozialdemokraten Steponas Kairys in Berlin im Herbst 1917 über militärische Übergriffe in Litauen, antwortete das Vorstandsmitglied der SPD Gustav Noske: „Wir sind Sozialdemokraten nur bis Eydtkuhnen“.¹⁸ Die linken Radikalen wurden dagegen zu Verteidigern der besetzten Völker aus ideologischer Überzeugung. Aber sie waren zu wenige, daher mussten sie sich mit dem Sammeln von Informationen über die Methoden der deutschen Verwaltung und deren Veröffentlichung begnügen. Die Litauer bemerkten die gestiegene Beachtung des Reichstages erst dann, als die gemäßigeren, jedoch einflussreicheren Abgeordneten vom Zentrum und der SPD angingen, sich für litauische Probleme zu interessieren.

Der Durchbruch 1917

Den ersten Anstoß zum tieferen Nachdenken über die Litauische Frage im Reichstag bot die Bekanntmachung der Errichtung des Königreiches Polen am 5. November 1916, die A. Strazhas als Beginn der deutschen Randstaatenpolitik bezeichnet.¹⁹ Nach der Proklamierung des polnischen Staates, wenn auch als deutsches Protektorat, entstand Bedarf, antipolnische Stimmungen in den Nachbarländern zu schüren, um eine

¹⁵ Verhandlungen..., Bd. 307, S. 912, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003403_00144.html

¹⁶ P. Čepėnas... S. 125.

¹⁷ Verhandlungen..., Bd. 307, S. 1542, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003403_00774.html

¹⁸ P. Klimas: Iš mano atsiminimų ... S. 110-111.

¹⁹ A. Strazhas ..., S. 137.

polnische Vormachtstellung an der deutschen Grenze zu begrenzen. R. Häpke beschreibt die deutschen Motive und verweist auf deutsche Befürchtungen, dass Ostpreußen von allen Seiten von Großpolen eingeschlossen werden könnte.²⁰

Allerdings bedeuteten die deutschen Bemühungen, den Einfluss Polens einzuschränken, noch lange nicht, einen litauischen Staat zu gründen. Einigen Abgeordneten erschien eine deutsche Kolonisation in Litauen und Kurland wünschenswert. Diese Vorstellung empfahl der Vorsitzende der Deutschkonservativen Partei, Kuno von Westarp, am 27. Februar 1917 im Reichstag.²¹ Am 2. März konkretisierte sein Kollege Martin Schiele diesen Vorschlag. Er schlug vor, in Kurland und Litauen 300.000 Deutsche anzusiedeln. Diese Kolonisation sollte nicht nur wirtschaftlichen Gewinn bringen, sondern auch zur Eindeutschung dieser Länder beitragen.²² „Wer auch nur vorübergehend in dem Lande hat leben dürfen, weiß, welches Eldorado <...> man dort sieht, wie frohwüchsig die Gegend ist. Wenn dort deutscher Fleiß und deutsche Energie arbeiten, ist vieles zu erhoffen, namentlich in der Richtung, daß wir durch die Erwerbung dieses Landes in erheblichem Umfange unabhängiger vom Ausland werden.“²³ Der Vorschlag stieß nicht auf die Zustimmung der Mehrheit der Abgeordneten, genauso wie die entgegengesetzten Überlegungen der radikalen Sozialdemokraten, Polen, Litauen und Kurland die Unabhängigkeit zu gewähren.²⁴

Die bereits durch die polnische Unabhängigkeitsdebatte aufgekommene Litauische Frage erhielt einen noch größeren Anstoß durch die Februarrevolution in Russland. Bei seiner Erklärung des Wandels der deutschen Politik in Bezug auf Litauen zählt Börje Colliander diese beiden Faktoren zu den wichtigsten.²⁵ Die Hoffnung auf einen separaten Frieden mit Russland bekam Auftrieb, denn die linken russischen Revolutionäre

²⁰ R. Häpke ..., S. 9-10.

²¹ Verhandlungen..., Bd. 309, S. 2408, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003405_00082.html

²² Ebenda, S. 2494, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003405_00168.html

²³ Ebenda, S. 2497, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003405_00171.html

²⁴ Rede von G. Ledebour auf der Plenarsitzung des Reichstages vom 28. Februar 1917. In: Ebenda, S. 2440, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003405_00114.html

²⁵ B. Colliander ... S. 99.

standen hinter der Losung „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ und traten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein, was auch von den links orientierten Parteien im Reichstag bald aufgegriffen wurden.²⁶

Die Litauische Frage stand mit den Plänen für den separaten Frieden in Verbindung. 1917 gab es in Deutschland zwei Friedenskonzeptionen im Osten. Die Oberste Heeresleitung erstrebte die Festigung der territorialen Gewinne und betrachtete Kurland und Litauen als eine berechnete Kriegsbeute, der Reichstag dagegen neigte mehr zu der Formel „Frieden ohne Annexion“²⁷, wobei er anstrebte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker ins Spiel zu bringen, um dadurch die faktische Annexion Litauens zu verschleiern.²⁸

Die Reichstagsprotokolle verdeutlichen den Wandel der deutschen Politik in Litauen besonders anhand der wachsenden Beachtung des Verhaltens von Ober Ost gegenüber der örtlichen Bevölkerung. Im Hauptausschuss des Reichstags erhob am 5. Mai 1917 der Abgeordnete der USDP, O. Cohn, massive Anschuldigungen gegen die militärische Verwaltung von Ober Ost.²⁹ Am 15. Mai beschwerte sich auf der Plenarsitzung des Reichstags der Vorsitzende der polnischen Fraktion, Wojciech Trąpczyński, über die wirtschaftliche Ausbeutung der östlichen Provinzen.³⁰ In derselben Sitzung bezeichnete O. Cohn die Verwaltung von Ober Ost als „Raubsystem“.³¹

Die Frage bezüglich Litauens politischer Zukunft wurde im Reichstag zum ersten Mal im Sommer 1917 intensiv behandelt. Als Durchbruch gilt die vom Reichstag angenommene Friedensresolution vom 29. Juli. Hier wurde ausgeführt, dass das Deutsche Reich nach dem Krieg einen Verständigungsfrieden anstrebt, der mit der Ausbeutung und Besetzung fremder Länder nicht vereinbar sei.³² Das Appellieren an die internatio-

²⁶ T. Nipperdey ... S. 826.

²⁷ R. Lopata ... S. 122.

²⁸ A. Strazhas ... S. 171.

²⁹ Ebenda ... S. 30-31, 71.

³⁰ Verhandlungen..., Bd. 310, S. 3478, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003406_00387.html

³¹ Ebenda, S. 3481, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003406_00390.html

³² Ebenda, S. 3573-3574, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003406_00482.html

nale Stabilität nach dem Krieg und das Versprechen, sich an der Entstehung eines neuen Systems internationaler Beziehungen zu beteiligen, weisen darauf hin, dass dem Reichstag die Gefahr der deutschen Niederlage bewusst wurde. Der Reichstag übernahm zum ersten Mal die Ausformung der Ziele der auswärtigen Politik selbst in die Hand.³³

Nach der Annahme der Resolution schrieb der Vorsitzende des Zentrums, Matthias Erzberger, an den neuen Reichskanzler Georg Michaelis einen Brief mit der Anfrage bezüglich der Errichtung des litauischen Staates.³⁴ M. Erzberger empfahl, Litauen so an das Deutsche Reich anzuschließen, dass der Prozess nicht nach einer erzwungenen Annexion aussehe und der Friedensresolution auch nicht widerspreche.³⁵ Beim Zusammentreffen der Parteivorsitzenden mit dem Reichskanzler am 11. Juli schlug M. Erzberger vor, einen litauischen Nationalrat zu bilden, der die Möglichkeit bekäme, die Unabhängigkeit des Landes auszurufen. Erzberger hatte die Hoffnung, mit Zustimmung der Vertreter der litauischen Bevölkerung und nach Durchführung von Reformen ein vom deutschen Kaiser beherrschtes Herzogtum Litauen zu gründen. Später sprach sich M. Erzberger allerdings gegen den Anschluss Litauens an Preußen aus, was lediglich eine Nuance der Randstaatenpolitik war, zu deren Befürwortern auch Erzberger gehörte.³⁶

Während der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags am 28. August 1917 wurde die Verwaltung von Ober Ost stark kritisiert. Sozialdemokrat Eduard David beschuldigte sie, dass sie keine Kontakte mit der örtlichen Bevölkerung pflege. O. Cohn sprach von Korruption, vom laschen Kampf gegen bewaffnete Banden in den Wäldern und von Menschenjagd für die Zwangsarbeit. Dennoch verteidigte H. Nehbel den Chef der Militärverwaltung, Fürst Franz Joseph zu Isenburg-Birstein. Der Abgeordnete fand, dass der Fürst den Hunger in Vilnius erfolgreich bekämpft hätte: Er ließ 12.000 Städter zu landwirtschaftlicher Arbeit in die Provinz bringen.³⁷ Mit solchen Argumenten wurde das Verschleppen

³³ Andreas Dietz: Das Primat der Politik in kaiserlicher Armee, Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr – rechtliche Sicherungen der Entscheidungsgewalt über Krieg und Frieden zwischen Politik und Militär“. In: *Jus Publicum*, Bd. 210, Heidelberg, 2011, S. 134-135.

³⁴ G. Linde ... S. 89.

³⁵ A. Strazhas ... S. 200.

³⁶ E. Gimžauskas ... S. 101.

³⁷ A. Strazhas ... S. 71.

der Menschen zur Zwangsarbeit in eine Maßnahme zum Wohl der Bevölkerung uminterpretiert. Die Forderung, die Militärverwaltung in eine Zivilverwaltung umzugestalten, stieß auf den Widerstand der Militärs, da es dafür kein Bedarf gebe. Der Hauptausschuss nahm trotzdem eine Resolution an, einen litauischen Nationalrat schnell aufzustellen und eine Zivilverwaltung einzurichten, sobald die Umstände es erlauben.³⁸

Das Wohlwollen der Reichstagsmehrheit für Litauen: Vorgespielt oder von ganzem Herzen?

In der Historiographie hat man die Politiker des Zentrums und der linken Parteien wegen ihrer Stellungnahmen am Anfang des Ersten Weltkrieges entweder als liberale Annexionisten oder Imperialisten bezeichnet.³⁹ E. Gimžauskas hält eine solche Benennung für ein Überbleibsel der sowjetischen Geschichtsschreibung, der an Objektivität fehlte.⁴⁰ Nichtsdestoweniger ist die genannte Einschätzung ziemlich korrekt. Am Anfang des Krieges galt für die Zentrumspartei und SPD die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands in Europa als wichtigster Ziel des Krieges. Die Historiker verweisen oft auf M. Erzbergers gute Verbindungen mit der Schwerindustrie, z. B. dem Thyssen-Konzern, die dem annexionistischen Programm nahe standen. So forderte M. Erzberger in einem Memorandum an den Kanzler von August 1914 Zugewinn an französischen Territorien, Kolonien in Zentralafrika und Satellitenstaaten im Osten.⁴¹ Polen und die baltischen Provinzen sollten die Funktion von Schutzstaaten übernehmen und Russland von der Ostsee fernhalten. Sie sollten zwar eine Kulturautonomie erlangen, jedoch keine Vertreter in den Reichstag entsenden dürfen.⁴²

E. David sagte in der Sitzung des Hauptausschusses am 1. Mai 1917, das Ziel des Krieges sei, die wirtschaftliche Freiheit für das Deutsche Reich zu garantieren. Das Erreichen der „Kontinentalen Machtstellung im Osten“ würde die Macht im Westen bewahren helfen.⁴³ Die

³⁸ G. Linde ... S. 90.

³⁹ R. Lopata ... S. 128.

⁴⁰ E. Gimžauskas ... S. 93-94.

⁴¹ P. Čepėnas ... S. 122. ; T. Nipperdey ... S. 805.

⁴² G. Linde ... S. 17.

⁴³ A. Strazhas ... S. 151.

Reichstagsmehrheit konnte sich mit dem von der radikalen Linken propagierten Frieden ohne Annexion und als Ergebnis des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht identifizieren.

Die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 bedeutete eigentlich nicht die Veränderung der Ziele, sondern der Methoden, um diese Ziele zu erreichen. Die Resolution wurde nicht nur wegen der Februarrevolution in Russland und des Eintritts der USA in den Krieg verfasst, sondern weil die deutsche Wirtschaft die Belastung an zwei Fronten nicht tragen konnte. Der Winter 1916-1917 wurde Steckrübenwinter genannt, denn man hungerte wegen der Seeblockade und der schlechten Ernte. Im Frühling 1917 gab es massive Arbeiterstreiks.⁴⁴ Erich Ludendorff berichtet in seinen Erinnerungen, dass auf der Sitzung des Hauptausschusses am 6. Juli eine bedrückende Stimmung herrschte.⁴⁵ Seine Erinnerungen verfasste E. Ludendorff, um die Dolchstoßlegende zu begründen. Dennoch wird hier die Reaktion der Reichstagsmehrheit auf die sich verschlechternde Lage im Inland deutlich dargestellt. Auch Petras Klimas meint, dass die häufigere Behandlung der Frage der litauischen Selbstverwaltung in den Sitzungen des Hauptausschusses im Sommer 1917 im Zusammenhang mit der Ernüchterung der gesamten politischen Stimmung in Deutschland stand.⁴⁶

Als Folge der strategischen Zukunftsperspektiven nahm auch die Beachtung der litauischen Nationalbewegung zu. Bis 1917 zeigten weder die Zentrumspartei noch die SPD Interesse an der Litauischen Frage. So schrieb der litauische Aktivist in der Schweiz, Pfarrer A. Steponaitis, der im Sommer 1916 die Redaktion der Zeitschrift der Zentrumspartei „Germania“ aufsuchte, um eine Vereinbarung für einige Aufsätze in der Zeitschrift zu treffen, dass das „Gespräch weder glatt noch herzlich verlief“.⁴⁷ Offenbar fand zu der Zeit die zweitgrößte Partei im Reichstag noch nichts Verbindendes mit Litauern, mit Ausnahme der katholischen Solidarität. Erst in den Jahren 1917-1918 wurde „Germania“ zu der wichtigsten Stütze des Litauischen Landesrates in der deutschen Presse.⁴⁸

⁴⁴ Ebenda, S. 150.

⁴⁵ E. Ludendorff ... S. 103.

⁴⁶ P. Klimas: Iš mano atsiminimų ... S.100.

⁴⁷ A. Steponaitis ... S. 63.

⁴⁸ B. Colliander S. 137.

M. Erzberger behauptet in seinen Erinnerungen, dass er schon lange Sympathie für die Litauer wegen der gemeinsamen Konfession hegte. Er habe in der zweiten Hälfte 1915 dem Kanzler empfohlen, in Litauen die Religionsfreiheit zu verkünden und die jüdische Emigration zu erleichtern. Zusätzlich fügte er bei, dass er öfters die Idee einer litauischen „Verwaltungsabteilung“ angeregt habe.⁴⁹ Es ist offensichtlich, dass sich seine Bemühungen um litauische Angelegenheiten anfangs lediglich auf einige religiöse und verwaltungstechnische Initiativen beschränkte. Die Geschichtsforschung belegt, dass M. Erzberger sich erst ab August 1917 für litauische politische Fragen engagierte, nachdem er sich einige Male mit Litauern aus der Schweiz getroffen hatte.⁵⁰ Das bestätigt er auch selber.⁵¹ Während dieser Begegnungen versprach der Politiker den Litauern sowohl Unterstützung für litauische Kriegsflüchtlinge und katholische Verbände, als auch die Wahl eines Nationalrates und die Ernennung eines litauischen Bischofs für das Bistum Vilnius. Er empfahl damals auch zum ersten Mal, Herzog Wilhelm von Urach, der aus seinem Heimatland Württemberg stammte, zum litauischen König zu wählen.⁵²

Auch Börje Colliander beschäftigte sich mit den Motiven, warum M. Erzberger sich für litauische Angelegenheiten derart engagierte. Er meint, dessen Motive pendelten hin und her zwischen seiner Aufgabe, sich mit allgemeinen katholischen Angelegenheiten zu beschäftigen, der Sorge, dass Preußen, falls Litauen ein Teil Preußens würde, noch mehr Einfluss im deutschen Länderverband erlangen würde, und nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen.⁵³ A. Steponaitis, der direkte Kontakte mit M. Erzberger pflegte, schrieb, dass Erzberger eine sehr humane Seele besaß und daher bestrebt war, dem litauischen Volk, das viel Elend erlebt hatte, beizustehen.⁵⁴ Das reicht nicht zu erklären, warum das Humane bei M. Erzberger erst Mitte 1917 offensichtlich wurde. Laut E. Gimžauskas hätten sich erst in dieser Zeit günstigere Bedingungen ergeben.⁵⁵ Stimmt das?

⁴⁹ M. Erzberger ... S. 183-185.

⁵⁰ R. Lopata ... S. 128; V. G. Liulevicius ... S. 201; B. Colliander ... S. 127.

⁵¹ M. Erzberger ... S. 185.

⁵² A. Steponaitis ... S. 90-91; E. Gimžauskas ... S. 104.

⁵³ B. Colliander ... S.128.

⁵⁴ A. Steponaitis ... S. 90, 144.

⁵⁵ E. Gimžauskas ... S. 105.

Die unabhängigen Sozialdemokraten stellten bereits viel früher Fragen zur Zukunft der besetzten Gebiete, aber M. Erzberger beteiligte sich nicht an solchen Überlegungen. Seine Beziehung zu den Litauern (jedoch nicht zu Letten, Esten oder Weißrussen) kann mit katholischer Solidarität oder Sympathie für das litauische Volk begründet werden. Seine Motive für die Unterstützung der litauischen Staatlichkeit kann man dagegen schlicht als Ergebnis einer pragmatischen „Realpolitik“ erklären. In der Sitzung des Hauptausschusses am 28. September 1917 äußerte sich M. Erzberger, dass der Vertrauensrat, der den Litauern versprochen war, nicht mehr aktuell sei. Dagegen sei ein Staatsrat nötig, und man müsse sich frühzeitig Garantien verschaffen, dass dieses zukünftige Organ sich von selbst auf Deutschland ausrichte.⁵⁶ M. Erzberger forderte die unverzügliche Verbesserung der sozialen Lage in Litauen, denn im September würde in der Schweiz ein litauischer Kongress stattfinden, an dem auch viele Litauer aus den USA teilnehmen.⁵⁷ Den Deutschen wäre es von Nachteil, wenn die Situation in Litauen den Auslandslitauern unangenehm auffiele. Bei seinen früheren Gesprächen mit Litauern aus der Schweiz hatte M. Erzberger geraten, den litauischen Nationalrat in Litauen und nicht wie geplant in der neutralen Schweiz zu bilden.⁵⁸ Die litauische Konferenz in Stockholm im Oktober 1917 kam überein, den Litauischen Landesrat (Taryba) in Vilnius als die wichtigste politische Kraft anzuerkennen. M. Erzberger lud die sich auf der Rückfahrt befindenden Aktivisten aus Litauen zum Mittagessen in Berlin ein, wo er einen Toast auf die litauische Unabhängigkeit aussprach und seine Freude über den erteilten Auftrag an den Landesrat, das litauische Volk insgesamt zu vertreten, zeigte.⁵⁹

M. Erzberger kümmerte sich um die Lösung der Litauischen Frage in der Weise, dass die Interessen Deutschlands befriedigt wurden, aber er beachtete auch die internationale Stimmung. Der von den Auslandslitauern und in der Heimat anerkannte Landesrat war ein hervorragendes Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Bald fand sich eine Formel für die Lösung der Litauischen Frage: ein Königreich Litauen, beherrscht von einem Fürsten aus einem kleinen deutschen Land und durch vier Konventionen mit Deutschland verbunden, was für M. Erzberger als

⁵⁶ A. Strazhas ... S. 201-202.

⁵⁷ Ebenda, S. 232.

⁵⁸ E. Gimžauskas ... S. 104.

⁵⁹ A. Steponaitis ... S. 121.

eine Grundbedingung der litauischen Staatlichkeit erschien. Der Standpunkt M. Erzbergers wurde bald von der ganzen Zentrumspartei übernommen. Viele ihre Mitglieder nannten sich Freunde Litauens.⁶⁰ M. Erzberger kann man für die wichtigste Persönlichkeit halten, die die Einstellung der Reichstagsmehrheit bezüglich der Litauischen Frage prägte. Aus diesem Grund steht M. Erzberger in diesem Abschnitt im Mittelpunkt. Es ist zwar sinnvoll, die Haltung seiner Kollegen Adolf Gröber, Constantin Fehrenbach und E. David in der Litauischen Frage zu erforschen, doch die Rolle M. Erzbergers war entscheidend.

„Die Ereignisse überschlagen sich“⁶¹

Ab Sommer 1917 nahmen die Ereignisse bezüglich der Zukunft Litauens merklich zu.⁶² Am 18.-22. September fand in Vilnius die Litauische Konferenz statt, auf der der Litauische Landesrat gewählt wurde. Aktivist Juozas Purickis aus der Schweiz, der auf Betreiben M. Erzbergers nach Vilnius kam, berichtete den Abgeordneten der Konferenz, dass der Reichstag die Litauische Unabhängigkeit unterstütze, wenn in Litauen die Monarchie, regiert von einem Angehörigen der Württemberger Dynastie, ausgerufen werde, und das Land ein Bündnis mit Deutschland eingehe.⁶³ M. Erzberger sprach in diesen Tagen bereits ganz offen vom Litauischen Königreich.⁶⁴

Die Wahl des Litauischen Landesrates bestätigt, dass die Reichsregierung die Meinung der Mehrheit des Reichstages beachtet hatte, aber es wird ebenso offensichtlich, dass die internationale Lage bedeutsamer war als der Druck der Zentrumspartei und der linken politischen Kräfte. Es fällt auf, dass der Litauische Landesrat bis Ende 1917 keine Möglichkeit zu einer realen Tätigkeit erhielt. Darauf verwies der Sozialdemokrat E. David auf der Sitzung des Hauptausschusses am 30. November.⁶⁵ Die Oberste Heeresleitung wartete mit stillschweigender Duldung

⁶⁰ B. Colliander ... S. 137.

⁶¹ V. Bartuška ... S.149.

⁶² Ebenda ... S. 148 ff.

⁶³ Lietuvos Taryba ir nepriklausomos valstybės atkūrimas 1914-1920 metų dokumentuose (Litauischer Landesrat und die Wiederherstellung des unabhängigen Staates). Hrsg. v. Alfonsas Eidintas u. Raimundas Lopata, Vilnius 2017. S. 247-248; R. Lopata ... S. 129.

⁶⁴ P. Klimas: Iš mano atsiminimų ... S. 128.

⁶⁵ B. Colliander ... S.144-145; A. Strazhas ... S.265.

des Reichskanzlers auf die günstigste Gelegenheit, den Landesrat zu einmaligen Erklärung der litauischen Unabhängigkeit zu benutzen, aber an administrative Reformen, wie es von der Mehrheit des Reichstags gewünscht war, dachte sie nicht.

Die lange hinausgezögerte Ernennung eines Zivilkommissars für die Verwaltung in Litauen offenbart die eingeschränkte Macht des Reichstages. Die Einführung einer zivilen Verwaltung war einer der wichtigsten Vorschläge der Reichstagsmehrheit, um die Litauische Frage zu lösen. Die politische Führung „erhörte“ schließlich im November 1917 diesen Vorschlag und bestimmte den Freiherrn Friedrich von Falkenhäusen zum Zivilkommissar für Litauen. Laut E. David war der Zivilkommissar lediglich ein Vermittler zwischen dem Ober Ost in Kaunas und dem Innenministerium in Berlin. Er würde im Reichstag als Vertreter der Zivilverwaltung sprechen, aber in den Sitzungen des Litauischen Landesrates die Heeresleitung vertreten.⁶⁶ Eine solche Scheinheiligkeit der deutschen Verwaltung ärgerte auch noch im Jahr 1918 nicht nur die Abgeordneten des Reichstages, sondern auch die litauischen Aktivisten. Außerdem war es für die Abgeordneten nicht einfach, Informationen über die Lebensbedingungen in Litauen zu bekommen und sie zu veröffentlichen. Die Abgeordneten des Reichstages durften das Land Ober Ost ohne Genehmigung der Obersten Heeresleitung nicht aufsuchen.⁶⁷ Vor allem Besuche der litauenfreundlichen Politiker, z. B. von M. Erzberger, wurden behindert.⁶⁸ Laut P. Klimas war man in Vilnius gezwungen, die an den Reichstag vorgesehenen Klagen über vertrauenswürdige deutsche Soldaten herauszuschmuggeln.⁶⁹

Im Herbst 1917 fanden im Reichstag heiße Diskussionen über die politischen Perspektiven Litauens statt. Am 10. Oktober spottete das USPD-Mitglied, G. Lebedour, über den Export deutscher Fürsten und Gründungen „deutscher Filialmonarchien“, wobei er möglicherweise nicht nur an Litauen und Kurland, sondern auch an Polen und Finnland dach-

⁶⁶ P. Čepėnas ... S. 88-89.

⁶⁷ R. Lopata ... S. 90.

⁶⁸ M. Erzberger ... S. 184.

⁶⁹ P. Klimas: Iš mano atsiminimų ... S. 109. Auch die Mitglieder des Landesrates überbrachten Klageschriften an die Politiker des Reichstages bei ihren seltenen Besuchen in Berlin.

te.⁷⁰ Er kritisierte die Bildung des Landesrates: Er sei nicht in einer regulären Volkswahl bestimmt worden, sondern wurde von kaum zweihundert Herren gewählt, was nicht vertrauenswürdig klingt.⁷¹

Am 1. November 1917 wurde ein Mitglied der Zentrumspartei, Georg von Hertling, zum neuen Reichskanzler ernannt. Obwohl seine Partei den Litauern gegenüber Sympathie zeigte, lehnte von Hertling zuerst das Selbstbestimmungsrecht der Völker ab. Am Anfang beharrte von Hertling, das Problem der Anrainerterritorien in Verhandlungen zwischen Russland, Deutschland und Österreich ohne Befragung der Bevölkerung dieser Gebiete zu regulieren.⁷² Lediglich die internationale Lage erlaubte es nicht, das Szenario des Wiener Kongresses von 1815 zu wiederholen. Bei der Vorbereitung des Separatfriedens mit Russland erklärte schließlich Deutschland, das Selbstbestimmungsrecht der Völker anzuerkennen. Darauf hatte die Mehrheit des Reichstages seit einem halben Jahr gedrängt. Daher wurden die Worte des Kanzlers im Reichstag am 29. November 1917 „Was die ehemals dem Zepher des Zaren unterworfenen Länder Polen, Kurland, Litauen betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker“ mit Jubel des Zentrums und der SPD begrüßt.⁷³

Der Vorsitzende der Konservativen, K. von Westarp, widersprach: „Er [der Kanzler, V. V.] hat dabei augenscheinlich Kurland und Litauen, die alten deutschen Ordensniederlassungen, im Auge, in welchen Gebieten weite Kreise der Bevölkerung den Wunsch einer näheren Verbindung mit dem Deutschen Reich zum Ausdruck haben.“⁷⁴ Das USPD-Mitglied H. Haase bewertete die Pläne, das Herzogtum Kurland und das Königreich Litauen an Preußen anzugliedern, als „ein ungeheuerliches Annexionsprogramm <...>, das den Stempel der dunkelsten Kabinettpolitik an sich trägt.“⁷⁵ Der Abgeordnete kritisierte die Politik der Zentrumspar-

⁷⁰ Verhandlungen..., Bd. 310, S. 3853, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003406_00762.html

⁷¹ Ebenda, S. 3852, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003406_00761.html

⁷² G. Linde ... S. 95.

⁷³ Verhandlungen..., Bd. 311, S. 3947, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00085.html

⁷⁴ Ebd., p. 3957, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00095.html

⁷⁵ Ebd., p. 3959, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00097.html

tei und forderte, nicht zu begehren, was den Deutschen nicht gehöre.⁷⁶ Das deutsche Heer sollte zurückgezogen werden, damit die Bevölkerung dieser Gebiete in einer freien, ungehinderten Abstimmung über das Schicksal ihrer Länder entscheiden könne.⁷⁷ Zu der Zeit war dieser Gedanke sowohl den Konservativen als auch der litauenfreundlichen Reichstagsmehrheit noch immer fremd.

Am 30. November wurde die Deutsch-Litauische Gesellschaft gegründet, der von den konservativen Parteien von Westarp, von der Liberalen Partei F. Naumann und G. Gothein, von der Zentrumspartei M. Erzberger, C. Feherbenbach und von den Sozialdemokraten E. David und G. Noske und andere angehörten. Zu den Mitgliedern der Gesellschaft zählten auch bekannte deutsche Schriftsteller, Wissenschaftler und Industrielle.⁷⁸ Die Organisation gab bekannt, dass sie die deutsch-litauische Zusammenarbeit fördern möchte.⁷⁹ Das Leitmotiv der Zeitschrift der Gesellschaft „Das Neue Litauen“ war die feste Anbindung an Deutschland.⁸⁰ Die Gesellschaft nahm ausschließlich repräsentative Aufgaben wahr. Größere Aufmerksamkeit für Litauen und Hilfeleistungen bei der Entstehung des neuen Staates sollten den deutschen Ansprüchen auf Litauen auf der erhofften Friedenskonferenz nach dem Krieg Gewicht verleihen. V. Bartuška, der diese Gesellschaft kritisierte, schrieb, dass ihn die unerwartete deutsche Sorge um Litauen überrascht hatte: „Woher kam die plötzliche Liebe für Litauen, woher dieser Enthusiasmus für ein fast unbekanntes Land?“⁸¹ Allerdings hat er diese Frage im Sommer 1917, als er M. Erzberger mit den großen Versprechungen begegnete, nicht gestellt.

Das Tauziehen um die litauische Staatlichkeit

Die Absetzung des Chefs von Ober Ost, F. J. Isenburg-Birstein, war die erste erfolgreichere Machtdemonstration der Reichstagsmehrheit. Deren Methoden wurden am 30. November 1917 vom Liberalen G. Gothein

⁷⁶ Ebd., p. 3962, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00100.html

⁷⁷ Ebd., p. 3960, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00098.html

⁷⁸ A. Strazhas ... S. 213; P. Čepėnas ... S. 196.

⁷⁹ Ebenda; A. Steponaitis ... S. 146; V. Bartuška ... S. 170.

⁸⁰ G. Linde ... S. 98.

⁸¹ V. Bartuška ... S. 171.

und dem Mitglied der Zentrumsparlei Albrecht von Rechenberg scharf kritisiert. Die Mitglieder der Konservativen Parteien, H. Nehbel und K. von Westarp sowie der Nationalliberale Gustav Stresemann sahen in Isenburg-Birstein dagegen den Verteidiger deutscher Interessen im Osten.⁸² Dennoch musste F. J. von Isenburg-Birstein den Ober Ost im Januar 1918 verlassen.⁸³

Das Tautziehen um die Litauische Staatlichkeit nahm im Zusammenhang mit der Friedensverhandlung zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland in Brest-Litowsk Fahrt auf. Die Abgeordneten des Reichstages konnten die Verhandlungen nur von Berlin aus verfolgen, wo in dieser Zeit heftige Diskussionen über Osteuropa, darunter auch über Litauen, stattfanden. Dem Reichstag war die litauische Unabhängigkeitserklärung vom 11. Dezember 1917 bekannt, genauso die Bemühungen des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Richard von Kuhlmann, die Bolschewiken zu überzeugen, auf Grund der litauischen Akte vom 11. Dezember 1917 die litauische Unabhängigkeit anzuerkennen. Allerdings wurde der zweite Teil dieser Akte, in der es um die Anbindung an das Deutsche Reich ging, den Bolschewiken verschwiegen. Die Reichstagsmehrheit kritisierte diesen Vorgang, denn wenn der zweite Teil der Akte in der Öffentlichkeit bekannt geworden wäre, hätte das den deutschen Ansprüchen im Osten schaden können.⁸⁴ Die Abgeordneten der USPD beschuldigten die deutsche Delegation in Brest-Litowsk, sie würden die Annexionsabsichten hinter dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verbergen.⁸⁵

Der wichtigste Fortschritt der Reichstagsmehrheit in der Litauischen Frage war das feierliche Verlesen der Litauischen Unabhängigkeitserklärung vom 16. Februar 1918, in der im Unterschied zu der Akte vom 11. Dezember 1917 keine Verbindlichkeiten mit dem Deutschen Reich

⁸² A. Strazhas ... S. 230-231.

⁸³ P. Klimas: Lietuvos valstybės kūrimas 1915-1918 metais Vilniuje (Errichtung des Litauischen Staates 1915-1918 in Vilnius). In: Pirmasis Nepriklausomas Lietuvos dešimtmetis 1918 – 1928. London, 1955. S. 17. Allerdings bedeutete der Austausch eines hohen Beamten noch keine systematische Veränderung.

⁸⁴ Marianne Bienhold: Die Entstehung des Litauischen Staates in den Jahren 1918 – 1919 im Spiegel Deutscher Akten. Bochum 1978, S. 55; P. Čepėnas ... S. 242; G. Linde ... S. 115-117

⁸⁵ Verhandlungen..., *Bd. 311, Berlin, 1918*, S. 4209, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00347.html

genannt sind. Sie wurde am 20. Februar vom Abgeordneten der Zentrumspartei, A. Gröber, im Reichstag vorgelesen.⁸⁶ Obwohl dieses Dokument bereits am 18. Februar in der deutschen Presse veröffentlicht wurde, hat das Verlesen im Reichstag der Unabhängigkeitserklärung ein größeres politisches Gewicht verliehen.⁸⁷ Die Abgeordneten mussten reagieren. Sowohl A. Gröber als auch der Sozialdemokrat E. David versicherten, dass Litauen trotzdem bereit sei, enge Beziehungen mit Deutschland einzugehen. E. David sprach davon, dass Litauen den deutschen Markt für seine landwirtschaftliche Produkte und den Import von Landwirtschaftstechnik dringend benötige.⁸⁸

Wie erwartet, war die Haltung der oppositionellen Parteien im Reichstag zu der Unabhängigkeitserklärung vom 16. Februar ablehnend. Der Vorsitzende der Nationalliberalen Partei, Gustav Stresemann, forderte vom Litauischen Landesrat, die bereits vereinbarten Konventionen einzuhalten, und der Abgeordnete der Konservativen Partei, K. von Westarp, beharrte weiterhin darauf, dass der Anschluss Litauens an Deutschland den litauischen Interessen entspreche. Er bezog sich auch auf das Motiv der bolschewistischen Gefahr: „Deutschland und das deutsche Schwert sind es, die ihnen (Litauen und Lettland – V. V.) jetzt Schutz vor der bolschewistischen Anarchie und der bolschewistischen Schreckensherrschaft gewähren.“⁸⁹

Die Diskussionen um die Staatlichkeit Litauens wurden besonders Ende März 1918, als der Friedensvertrag von Brest-Litowsk ratifiziert werden sollte, intensiv geführt. Im Vertrag wurde Litauen nicht direkt erwähnt, aber im dritten Punkt des Vertrages erklärten das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, dass sie die Zukunft der ehemals zum russischen Imperium gehörenden Randgebiete, die jetzt in ihre Hände gefallen sind,

⁸⁶ Ebd., p. 4006, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00144.html

⁸⁷ P. Klimas: Iš mano atsiminimų ... S. 119.

⁸⁸ Verhandlungen..., Bd. 311, S. 4012, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00150.html

⁸⁹ Ebenda, S. 4022, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00160.html; Ebenda, S. 4030, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00168.html

nach dem Selbstbestimmungsrecht der dortigen Völker gestalten wollen.⁹⁰

Am 18. März gab der Reichskanzler in der Plenarsitzung bekannt, dass eine Delegation des Litauischen Landesrates in Berlin erwartet werde, die die Bedingungen des Anschlusses Litauens an Deutschland „zur Kenntnis bringen soll“, bezog sich allerdings ausdrücklich auf die Erklärung des Landesrates vom 11. Dezember 1917. Danach könne die Anerkennung Litauens als eines unabhängigen Staatswesens erfolgen.⁹¹ Diese Nachricht bewog die Reichstagsmehrheit, Druck auf die Regierung auszuüben, die litauische Unabhängigkeit möglichst bald anzuerkennen.⁹² Die Motive für diesen Druck erklärte der SPD-Abgeordnete Friedrich Ebert: „<...> die Reichsleitung in bestimmten Erklärungen den Völkern in Polen, Litauen und Kurland das Recht zugesichert hat, die künftige Gestaltung ihres Schicksals selbst zu bestimmen. Die Reichsleitung hat sich mit diesen Erklärungen vor der Welt und der Geschichte verpflichtet. Von der tatsächlichen Durchführung wird es abhängen, wie künftig die Welt die Politik des Reichs beurteilt. <...> Auch die Mehrheit des Reichstags hat sich für eine gerechte Ausführung dieser Zusicherungen eingesetzt. Wir müssen deshalb von dem Herrn Reichskanzler auf das bestimmteste erwarten, daß er sich durch keinerlei Widerstände von der Erfüllung dieser übernommenen Pflichten abhalten läßt. <...> das ist im eigenen Interesse des Reichs unerlässlich; denn nur so wird es möglich sein, mit unseren östlichen Nachbarvölkern in ein freundschaftliches, wirtschaftlich gedeihliches Verhältnis zu kommen,

⁹⁰ Ostverträge, T. 1: Deutsch-Sowjetische Verträge, Ed. v. Ingo Münch. Berlin 2011, S. 11.

⁹¹ Verhandlungen ..., Bd. 311, S. 4425, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00563.html

⁹² Siehe die Rede von C. Fehrenbach auf der Sitzung vom 18. März (Ebenda, S. 4429-4430, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00567.html); Rede von E. David auf der Sitzung vom 18. März (Ebenda, S. 4434-4436, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00572.html); Rede von D. Naumann auf der Sitzung vom 18. März (Ebenda, S. 4445, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00583.html); Rede von A. Gröber auf der Sitzung vom 22 März (Ebenda, S. 4538, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00676.html); Aussage von E. David auf der Sitzung vom 22 März (Ebenda, S. 4551, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00689.html); Linde G., *op. cit.*, S. 146-147; B. Colliander ... S. 170-171.

den jetzigen Frieden im Osten in sich selbst zu sichern und damit zu einem dauernden zu machen.⁹³

Die Reichstagsmehrheit, bestehend aus der Zentrumspartei, SPD und der Fortschrittlichen Volkspartei, verkündete ihren Standpunkt in ihrer Resolution vom 21. März 1918.⁹⁴ In der Resolution wird die Hoffnung ausgesprochen, dass die Deutsche Regierung erstens das Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland beachten wird; zweitens Maßnahmen ergreift, um staatliche Strukturen gemeinsam mit der örtlichen Zivilverwaltung aufzubauen; drittens die Volksvertretungen von allen Bürgern gewählt werden; viertens die bisherigen Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich bald zum Abschluss gebracht werden.⁹⁵

Die konservative Opposition im Reichstag bewertete das alles recht skeptisch. G. Stresemann gab bekannt, dass er die Unabhängigkeit der Randstaaten für eine Fiktion halte. Die Geschichte der Politik beweise, dass nur die großen Staaten mit Abermillionen Staatsangehörigen und mit einer millionenstarken Armee überleben können. Im Namen seiner Partei stritt er ab, Litauen germanisieren zu wollen, hielt jedoch an der militärischen und wirtschaftlichen Konvention mit Deutschland als Vorbedingung bei der Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit fest.⁹⁶ Von Westarp meinte, man könne die Anerkennung nur dann vornehmen, wenn alle deutsche Interessen zugesichert würden.⁹⁷

Die Abgeordneten der USDP verweigerten ihre Zustimmung der Resolution aus zwei Gründen. Erstens stritten sie die Legitimität des Litauischen Landesrates ab, weil in ihm die Juden und Polen, die einen größeren Anteil der Bevölkerung stellten, nicht vertreten waren. Des Weiteren betrachteten die linken Radikalen die Konventionen, die als Vorbedin-

⁹³ Verhandlungen..., Bd. 311, S. 4525, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00663.html

⁹⁴ Die Resolution wurde verfasst von den SPD-Abgeordneten E. David, F. Ebert, P. Scheidemann, Albert Südekum, Abgeordneten der Zentrumspartei M. Erzberger, C. Fehrenbach, A. Gröber, A. von Rechenberg, Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei O. Fischbeck, G. Gothein, K. Hausmann und D. Naumann (nicht zu verwechseln mit Friedrich Naumann).

⁹⁵ Verhandlungen..., Bd. 324, S. 2154, Aktenstück Nr. 1421, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003429_00022.html

⁹⁶ ⁹⁶ Verhandlungen..., Bd. 311, S. 4458-4459, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00596.html

⁹⁷ Rede von Westarp auf der Sitzung vom 19. März (Ebenda, S. 4469-4470, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00607.html

gung für die Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit fungierten, als Vasallentum.⁹⁸ Sie verlangten weiterhin zu ermöglichen, dass das Schicksal des Landes in allgemeinen Wahlen von der Bevölkerung bestimmt würde.⁹⁹

Am 23. März hat das Deutsche Reich die litauische Unabhängigkeit auf der Grundlage der Erklärung des Landesrates vom 11. Dezember 1917 schließlich anerkannt. M. Erzberger reklamierte diesen Verdienst für sich.¹⁰⁰ Seine Kollegen sahen darin eher einen Erfolg der Reichstagsmehrheit.¹⁰¹ Genauso bewertete es P. Čepėnas: Die Hartnäckigkeit der Reichstagsmehrheit, den Friedensvertrag von Brest-Litowsk erst nach der Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit zu ratifizieren, hat die deutsche Regierung zum Handeln gezwungen.¹⁰² Die Unterstützung des Reichstages bei der Anerkennung des litauischen Staates erwähnte auch der Vorsitzende des Litauischen Landesrates, Antanas Smetona, auf der Litauischen Konferenz in Lausanne im September 1918.¹⁰³ Aber die Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit störte die Konservativen nicht, auch später an den Plänen der Kolonisation festzuhalten.¹⁰⁴

Die Übergabe der Verwaltung Litauens an den Landesrat erfolgte auch nach der symbolischen Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit nicht. Eine solche Zögerlichkeit in der Randstaatenpolitik konnte das Deutsche Reich bei den Verhandlungen nach dem Krieg zu Isolierung

⁹⁸ Rede von H. Haase auf der Sitzung vom 22. März (Ebenda, S. 4541-4542, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00679.html

⁹⁹ Rede von G. Ledebour auf der Sitzung vom 19. März (Ebenda, S. 4480, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003407_00618.html

¹⁰⁰ M. Erzberger ... S. 190. Erzberger erinnert sich, dass die Oberste Heeresleitung eine Anweisung gab zu ermitteln, ob er wegen seiner engen Kontakte mit Litauern zur Verantwortung gezogen werden könnte.

¹⁰¹ Rede von A. Gröber auf der Sitzung vom 24. Juni 1918. In: Verhandlungen..., Bd. 313, S. 5613, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003417_00214.html

¹⁰² P. Čepėnas ... S. 246.

¹⁰³ Lietuvos Taryba ... S. 523.

¹⁰⁴ Zum Beispiel äußerte sich D. Mumm auf der Sitzung vom 14. Juni 1918: „<...> man wird daher die Ostseeprovinzen mit Samogitien wesentlich der evangelischen, Litauen mit Ausnahme von Samogitien der katholischen Kolonisation eröffnen. <...> Ich bitte die Heeresverwaltung, diese Arbeiten mit aller Kraft zu fördern. 500 000 kinderreiche, fromme Deutsche Bauern von der Wolga wollen heim zu Mutter Germania.“ (Verhandlungen..., Bd. 313, S. 5502, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003417_00103.html

führen, was auch M. Erzberger begriff.¹⁰⁵ Am 12. Juni 1918 stellte er eine Anfrage an den Kanzler, in der er der Regierung vorwarf, dass sie den Mitgliedern des Landesrates nicht erlaube, nach Berlin und München zu reisen, um dort politische und kirchliche Angelegenheiten zu regeln (in München ging es um die Einsetzung des Bischofs in Vilnius).¹⁰⁶ A. Steponaitis schrieb, dass M. Erzberger im Reichstag wieder einen Sturm gegen die Regierung ausgelöst hätte.¹⁰⁷ Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr von Falkenhausen, antwortete, dass Berlin für die offiziellen Verhandlungen mit litauischen Vertretern noch nicht vorbereitet sei, jedoch die Reise nach München sei genehmigt worden, allerdings wusste er nicht, wann diese Genehmigung erteilt wurde.¹⁰⁸ Die Abgeordneten hatten den Eindruck, dass diese Erklärungen lediglich hohle Worte waren.

Die Reichstagsmehrheit nutzte die Gelegenheit, eine weitere aktuelle Frage zu Litauen, nämlich zu Bildung „einer einheimischen Verwaltung“, zu stellen, denn laut A. Gröber „geht die Bildung des Staates in Schnecken tempo weiter“.¹⁰⁹ Die Mitglieder des Zentrums und der SPD höhnten über primitive Erklärungen der deutschen Beamten, z. B. dass die militärischen Requisitionen nur deswegen von der deutschen Verwaltung vorgenommen würden, „weil es besser sei, das Odium solcher Gewaltmaßnahmen auf die deutsche Verwaltung zu lenken, statt auf die einheimischen Behörden“.¹¹⁰ E. David beschuldigte die vor Kurzem eingesetzte deutsche Zivilverwaltung, dass sie lediglich den Zweck habe, die Maßnahmen der Militärverwaltung zu verschleiern.¹¹¹ Die Abgeordneten kritisierten die Aufforderung der Militärverwaltung, in den Schulen und bei der Post ausschließlich die deutsche Sprache zu ver-

¹⁰⁵ M. Erzberger ... S. 192.

¹⁰⁶ Anfrage Nr. 487, in: *Verhandlungen...*, Bd. 324, S. 2351, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003429_00989.html

¹⁰⁷ A. Steponaitis ... S. 173.

¹⁰⁸ *Verhandlungen...*, Bd. 313, S. 5541, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003417_00142.html

¹⁰⁹ Ebenda, S. 5613, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003417_00214.html

¹¹⁰ Ebenda, S. 5614, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003417_00215.html

¹¹¹ Ebenda, S. 5621, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003417_00222.html

wenden.¹¹² Die Konservativen vertraten dagegen weiterhin die Meinung, dass die Fragen zu Oststaaten auf der Friedenskonferenz nach dem Krieg nicht behandelt werden sollten, denn „sie müssten von uns selbst geregelt werden“. Außerdem hätten die Litauer weder finanzielle Mittel noch geeignete Personen für die Übernahme der Verwaltung, was die Polen¹¹³ oder die Entente-Mächte¹¹⁴ später ausnützen könnten.

Viel Ärger in den Behörden von Ober Ost und der deutschen Presse rief die am 11. Juli 1918 eigenmächtig vorgenommene Umbenennung des Litauischen Landesrates in den Litauischen Staatsrat aus. Das Deutsche Reich hat diese Umbenennung bis Ende des Krieges nicht akzeptiert, genauso wie die Wahl von Urachs zum litauischen König. Die Entscheidung für die Wahl Urachs geschah, als der Reichstag nicht tagte, daher kann man die Reaktion der Reichstagsabgeordneten nur aus der Presse und anderen Quellen entnehmen. Die Zentrumspartei, die dieses Vorhaben ein ganzes Jahr lang vorantrieben hatte, hielt die Entscheidung des Staatsrates für einen Sieg.¹¹⁵ Aber die Kampagne gegen die Wahl Urachs war in der deutschen Presse so heftig, dass sogar die Zeitung der Zentrumspartei „Germania“ nicht wagte, günstige Artikel darüber zu veröffentlichen.¹¹⁶

Die Position der SPD war kritischer. E. David spottete über die deutsche Bestrebung, Finnland, Polen, Litauen, Lettland und Estland in Personalunion mit dem Deutschen Reich zu verbinden: „Man scheint ein Exportgeschäft en gros mit deutschen Prinzen treiben zu wollen“.¹¹⁷ Auf

¹¹² Siehe die Rede von A. Gröber auf der Sitzung vom 24. Juni. Ebenda, S. 5613-5614; und von G. Stresemann am 25. Juni. Ebenda, S. 5653, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003417_00254.html

¹¹³ Ebenda, S. 5628-5629, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003417_00229.html

¹¹⁴ Rede von Werner am 25. Juni. Er sprach von der Gefahr, dass im Osten „ein demokratisch-parlamentarisch-analphabetischer Unterbau“ entstünde. Ebenda, S... 5673-5674, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003417_00274.html

¹¹⁵ Äußerung von K. Olšauskas auf der Litauischen Konferenz in Lausanne am 8. September. In: Lietuvos Taryba..., p. 533

¹¹⁶ Ebenda; B. Bartuška: Lietuvos nepriklausomybės kryžiaus kelias ... S. 198.

¹¹⁷ Rede von E. David auf der Sitzung vom 24. Juni, in: *Verhandlungen...*, Bd. 313, S. 5622, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003417_00223.html. Solche Äußerungen wurden bislang lediglich von der USDP vorgenommen.

der Sitzung des Litauischen Staatsrates am 13. Juli berichtete J. Purickis über die Stimmung unter den Reichstagsabgeordneten, wobei er die Empfehlung M. Erzbergers erwähnte, mit den Mitgliedern der SPD nicht vertraulich zu reden.¹¹⁸ Und im August 1918 meinte E. David in der Zeitung „Internationale Korrespondenz“, dass die Armee und die Zentrumsparlei als zwei gegensätzliche Kräfte in einer Reihe stünden, die dasselbe Ziel haben, den Litauern einen deutschen Herrscher aufzuschwatzen.¹¹⁹

Die Lage an den Fronten entschied über die weitere Behandlung der östlichen Probleme in den Herbstsitzungen des Reichstags. Ende September forderte die Reichstagsmehrheit im Interfraktionellen Ausschuss das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Einführung der heimischen Zivilverwaltung.¹²⁰ Schon am 5. Oktober verkündete der neue Reichskanzler, Max von Baden, im Reichstag: „Es strebt im Besonderen an, daß sich in den Baltischen Ländern, in Litauen und Polen alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. <...> Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln.“¹²¹ Seine Worte wurden vom Applaus des linken Lagers begleitet.

Nachdem die Pläne zerbrachen, Litauen und Deutschland mit Konventionen zu verbinden, verlor auch die Tätigkeit der Deutsch-Litauischen Gesellschaft an Sinn. Ihre Zeitschrift „Das Neue Litauen“ wurde am 22. Oktober 1918 eingestellt mit dem Hinweis, dass die Ereignisse in Litauen einen anderen Weg als erhofft genommen hätten.¹²² Martynas Yčas referierte auf der Sitzung des Staatsrates am 28. Oktober, dass M. Erzberger auf die Anfrage zu Konventionen geantwortet hat, dass gemäß Wilsons 14 Punkte-Friedensdekret über Konventionen überhaupt nicht geredet werden darf.¹²³ Für den Vorsitzenden der Zentrumsparlei war auch die Frage des litauischen Königs nicht mehr aktuell. Die neuen Ereignisse haben die Litauische Frage aus der Tagesordnung des Reichstags verschwinden lassen.

¹¹⁸ Lietuvos Taryba ... S. 470.

¹¹⁹ G. Linde ... S. 182.

¹²⁰ Ebenda. S. 182.

¹²¹ *Verhandlungen...*, Bd. 314, S. 6151, in:

http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003418_00007.html

¹²² B. Colliander ... S. 222.

¹²³ Lietuvos Taryba ... S.559.

Ergebnisse

1. In den Jahren 1915-1916 wurde die Litauische Frage im Reichstag lediglich sporadisch und im größeren geopolitischen Rahmen erörtert. Die meisten Abgeordneten beschränkten sich auf das Befürworten der Verwaltungsmaßnahmen in den besetzten Gebieten im Osten, lediglich die Abgeordneten der USPD stellten diese Maßnahmen in Frage.
2. Die Entscheidung über die Errichtung des polnischen Königreiches und die Februarrevolution in Russland machten die Litauische Frage im Reichstag wieder aktuell. Das erste Ereignis führte zur Unterstützung litauischer Bestrebungen, um damit dem Einfluss der Polen Einhalt zu gebieten, das zweite zu Überlegungen über den Separatfrieden mit Russland. Nach der Annahme der Friedensdeklaration, die auf Frieden ohne Annexionen und unter Einhaltung der Selbstbestimmung der Völker beruhte, wurde die Litauische Frage im Reichstag noch intensiver behandelt.
3. Ab Sommer 1917 gehörten die Fraktionsmitglieder der Zentrumspartei und der SPD, die sich bislang an der Litauischen Frage nicht beteiligt hatten, zu den aktivsten Befürwortern der litauischen Eigenstaatlichkeit mit Anbindung an Deutschland. Obwohl sie die am Beginn des Krieges erhobenen Ziele der wirtschaftlichen und politischen Hegemonie des Deutschen Reiches nicht aufgaben, begriffen sie, dass dieses allein mit kriegerischen Mitteln nicht zu erreichen war. Von Vorteil erschien ihnen das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, denn damit hegten sie die Hoffnung, die Union zwischen Litauen und dem Deutschen Reich auf der Friedenskonferenz nach dem Krieg bestätigen zu lassen.
4. 1918 wurden die ersten Entscheidungen in der Litauischen Frage von der Reichstagsmehrheit verwirklicht: Fürst F. J. Isenburg-Birstein wurde als Chef von Ober Ost abberufen, die Erklärung der litauischen Unabhängigkeit vom 16. Februar 1918 im Reichstag verlesen, die litauische Unabhängigkeit symbolisch ausgerufen, allerdings auf der Grundlage der Erklärung vom 11. Dezember 1917. Dennoch konnte der Reichstag die

Lage in Litauen nicht wesentlich verändern. Erst die Kriegsniederlage im Herbst 1918 ließ die Litauische Frage aus der Tagesordnung des Reichstags verschwinden.

Übersetzt von Arthur Hermann